



## Teestubenabende und Chaostage

Negation ist das einzig Wahre: Ein Roman übers Dagegensein und den Punk in der BRD. Seite 23

Fotos: 123rf/Pavel Volkov, AFP/ye Aung Thu, 123rf/Sergii Figurnyi, 123rf/Igor Stevanovic, dpa/Hannibal Hanschke

Sonnabend/Sonntag, 4./5. Oktober 2014

69. Jahrgang/Nr. 231 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Die Unvollendete

Fabian Lambeck über den 3. Oktober als Feiertag

Die meisten Ostdeutschen, das belegen letzte Umfragen, begrüßen den Beitritt der DDR zur BRD, dessen Vollzug am gestrigen Freitag als »Tag der Deutschen Einheit« gefeiert wurde. Tatsächlich lässt sich schwer leugnen, dass der Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes für die meisten Ostdeutschen mehr Vor- als Nachteile gebracht hat. Auch wenn Millionen Menschen nach der Wende ihre Jobs verloren: Die Hälfte der Ostdeutschen sieht sich als Gewinner der Einheit. Die heute selbstverständliche Reise- und Meinungsfreiheit sowie die ausgeprägte Konsumkultur gab es in der DDR nicht.

Vor allem aber bleibt es ein großes Manko des Beitritts, dass sie nach dem falschen Grundgesetzartikel vollzogen wurde. Denn im Artikel 146 stand festgeschrieben, dass das »Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt«, seine Gültigkeit an dem Tage verliert, »an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist«. Das wurde versäumt.

Dass viele Deutsche immer noch glauben, die deutsche Einheit sei unvollendet geblieben, ist sicher auch der Tatsache geschuldet, dass man sich damals für den bequemeren Weg entschieden hat. Mit allen, noch heute spürbaren Folgen. Zumal der 3. Oktober ein ziemlich willkürlich gewähltes Datum ist. Man wollte so vor allem ein weiteres DDR-Jubiläum verhindern.

### UNTEN LINKS

War das eine Freude, ein Johlen und Jauchzen, ein wahrer Glückstaumel am 3. Oktober, jenem Tag, als »nd« 25 000 Tage alt wurde! Landauf, landab wurde gefeiert, geplaudert und in Erinnerungen gebadet. Der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin und all die anderen wichtigen Persönlichkeiten unserer Republik kamen im Kuppelsaal des Hannoveraner Kongresszentrums zusammen, rund um den Maschsee war Partyzone. Das Abaton-Kino in Hamburg zeigte vormittags »Quatsch und die Nasenbärbande«, das Ohnsorg-Theater abends »Krank und Kregel«. In München präsentierte das Prinzregententheater »Tschitti Tschitti Bäng Bäng« und in Thüringens Metropole Erfurt hatten die Kinos Filme wie »Hüter der Erinnerung« und »Guardians of the Galaxy« im Programm. Alle waren ausgelassen, manche verloren sich gar in ihren Gedanken – zu Recht oder zu Unrecht, das soll hier nicht abschließend geklärt werden. Aber nun muss auch gut sein. Der 3. Oktober ist vorbei, es ist wieder Schluss mit lustig! jrs

## Ein verlorenes Jahr

Trauer um Flüchtlinge in Lampedusa / Räumung des DGB-Hauses in Berlin



Überbleibsel vom Todeskampf am Strand von Lampedusa

Foto: AFP/Roberto Salomone

Berlin. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass ein Boot mit Flüchtlingen an Bord zwischen Europa und Afrika kentert, dass Menschen auf der Flucht aus Krieg und Armut ums Leben kommen. Sie nehmen das Sterben wortwörtlich in Kauf, wenn sie für die Überfahrt in eine friedlichere und vermeintlich bessere Welt zumeist ihr gesamtes Vermögen hergeben. Mehr als 3000 Flüchtlinge sind so schon allein dieses Jahr gestorben, mehr als in den Vorjahren. Die Katastrophe von Lampedusa vor einem Jahr hat daran nichts geändert.

Dieses andere Gesicht des 3. Oktobers – das eines brennenden Holzkahns unmittelbar vor

einer Mittelmeerinsel, von Dutzenden um ihr Leben kämpfenden Menschen wenige Meter vor dem rettenden Ufer, das von am Strand angeschwemmten Leichen und Habseligkeiten, jenes Hunderter dunkelbrauner Särge in einem Flughafenhangar – es sorgte für eine erhöhte Aufmerksamkeit für die »Boatpeople«.

Die europäische Flüchtlingspolitik ist aber dieselbe geblieben. Das Sterben auf dem Mittelmeer geht weiter, auch wenn die italienische Regierung mit dem Rettungsprogramm »Mare Nostrum« (Unser Meer) geholfen hat, mehr als 140 000 Migranten sicher an Land zu bringen. Zum Monatsende wird es eingestellt.

»Es ist völlig klar, dass wir helfen müssen«, sagte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz am Freitag in Lampedusa. »Schnelle Lösungen« könne er aber nicht versprechen. »Wir haben nicht aus den schrecklichen Ereignissen vom letzten Oktober gelernt«, sagte dagegen UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. Sichere Zugangswege nach Europa forderte Grünen-Chefin Simone Peter. Und zu ermöglichen, dass »die Menschen künftig auch in anderen Ländern Asyl beantragen können«. Dass dies viele in Deutschland wollen, ist am Umgang mit Flüchtlingen in Berlin und in manch Asylunterkunft nicht abzulesen. kah Seite 13

## Weitere Rüstungsexporte genehmigt

Ausreise von radikalen Islamisten wurde jahrelang von Sicherheitsbehörden unterstützt

Die Bundesregierung hat erneut Waffenlieferungen an arabische Staaten genehmigt. Ausreisewillige Gotteskrieger sollen dagegen jetzt in Deutschland bleiben müssen.

Von Haidy Damm

Von der angekündigten Zurückhaltung keine Spur: Kurz vor den Feierlichkeiten zum 3. Oktober hat die Bundesregierung erneut Rüstungsexporte an arabische Staaten in großem Umfang genehmigt. Unter anderem soll Katar 13 Transportpanzer sowie 32 Spähfahrzeuge erhalten, Saudi-Arabien einen Pionierpanzer sowie sechs Geschütze. In die Vereinigten Arabischen Emirate werden 3000 Maschinenpistolen, vier Pionierpanzer und 20 000 Mörsergranat-zünder sowie Munition geliefert; nach Algerien 88 Allrad-Lastwagen mit militärischer Ausrüstung. Jordanien bekommt 1027 vollautomatische Maschinenpistolen

und 47 Maschinenpistolen. Kuwait erhält eine Granatmaschinenwaffe, der Oman 500 Maschinenpistolen sowie mehrere Maschinengewehre und vollautomatische Gewehre zur Erprobung. Neben den arabischen Staaten gehen noch Waffen ausgerechnet nach Kolumbien. Insgesamt genehmigte der Bundessicherheitsrat 15 Exporte, wie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am Donnerstag den zuständigen Bundestagsausschüssen mitteilte.

Die Opposition kritisierte Gabriel scharf. »Sein ganzes Gerede von einer zurückhaltenden Exportpolitik war reine Schaum-schlägerei«, sagte der Linke-Politiker Jan van Aken. Es sei »unfassbar«, dass der SPD-Chef den Export von Panzerfahrzeugen nach Katar genehmige. Dem Land wurde immer wieder vorgeworfen, an der Finanzierung der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) beteiligt zu sein.

Den Kampf gegen den IS-Vormarsch nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der von Protesten gegen den deutschen Nationalismus begleiteten zentra-

»Dschihadisten zur Ausreise zu ermutigen, käme einem Terrorexport gleich.«

Irene Mihalic, Die Grünen

len Gedenkfeier zum Tag der Einheit, eine Herausforderung für »die ganze Welt«. Nicht allein die USA oder arabische Staaten seien hier gefordert, sagte Merkel am Freitag in Hannover. Die Kanzlerin beklagte die »schiefer unbegreifliche Anziehungskraft« des IS auf junge Menschen auch in Europa. Deutschland müsse mit allen Maßnahmen verhindern, das

Dschihadisten von hier aus in den Krieg ziehen.

Diese Einsicht kommt spät. Wie Recherchen des Magazins »Monitor« zeigen, haben deutsche Sicherheitsbehörden noch bis zum Herbst 2013 die Ausreise radikaler Islamisten gebilligt oder sogar unterstützt. Grundgedanke dabei sei der »Schutz unserer Bevölkerung« gewesen, sagte der Leiter der Abteilung polizeilicher Staatsschutz und Terrorismusbekämpfung des bayrischen Landeskriminalamtes, Ludwig Schierghofer, dem WDR-Magazin. Bayern plant »aus Sicherheitsgründen« eine weitere Abschiebung eines Salafisten in die Türkei, wie am Freitag bekannt wurde.

Die Grünen im Bundestag reagierten empört. »Die Praxis, Dschihadisten zur Ausreise zu ermutigen, käme einem Terrorexport gleich«, sagte die Sprecherin für innere Sicherheit, Irene Mihalic, am Donnerstag in Berlin.

Mit Agenturen

## Kurden von Kobane in höchster Bedrängnis

IS-Milizen beschießen die syrische Stadt / Türkei verspricht Hilfe

Mursitpinar. Die Türkei hat den Kurden in der von Dschihadisten bestürmten nordsyrischen Stadt Kobane Hilfe zugesagt, doch läuft die Zeit davon. »Seit 16 Tagen verteidigen wir Kobane, wir sind alleine«, sagte ein Kurdenvertreter am Freitag per Telefon. Seit dem Morgen habe die Extremistengruppe Islamischer Staat (IS) 25 Granaten auf die Grenzstadt zur Türkei gefeuert. Dichter Rauch hing über der fast verwaisten Metropole.

»Wir werden tun, was immer wir können, damit Kobane nicht fällt«, hatte der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu am Donnerstagabend im Sender A Haber ATV erklärt. Zuvor hatte das Parlament einem militärischen Vorgehen gegen den IS in Irak und Syrien zugestimmt. Regierungsmitglieder dämpften aber Erwartungen, es könnten schon bald türkische Soldaten in die Region geschickt werden. Davutoglu machte keine näheren Angaben, wie er der Stadt helfen will. »Wir haben unsere Arme für unsere Brüder aus Kobane ausgebreitet«, sagte Davutoglu in dem Interview. Aus Kobane und Dutzenden umliegenden Dörfern, die alle schon vom IS erobert wurden, sind 160 000 Menschen in die Türkei geflüchtet.

Von der LINKEN werden Davutoglus Äußerungen als »heuchlerisch« zurückgewiesen. »Es geht«, so Sevim Dagdelen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, »um die Zerschlagung der kurdischen Selbstverwaltungsgebiete Nordsyriens und Syriens als Regionalmacht.« Wolle die Türkei der kurdischen Bevölkerung helfen, müsse sie die Blockade der kurdischen Enklaven im Norden Syriens endlich aufheben. Dazu müsse auch die Bundesregierung die Türkei drängen. AFP/nd

Kommentar Seite 2

## Wackelkommissare müssen in den Hoffnungslauf

Fünf Kandidaten für den EU-Vorstand geraten ins Hintertreffen

Brüssel. Die Prüfung von umstrittenen EU-Kommissarskandidaten durch das Europaparlament geht in die zweite Runde. Die zuständigen Ausschüsse ließen jetzt denjenigen Anwärtern, die bisher nicht überzeugen konnten, umfangreiche Fragenkataloge zukommen. Sie sollten bis zu diesem Sonntagabend beantwortet sein, schrieb Parlamentspräsident Martin Schulz in einem Brief an den zukünftigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker.

Als prominentester Wackelkandidat gilt der für das Finanzmarkt-Ressort nominierte Brite Jonathan Hill. Er soll unter anderem seine Position zu den umstrittenen gemeinsamen Staatsanleihen aller Euro-Länder (Eurobonds) erläutern und wird sich auf jeden Fall am Dienstag auch einer weiteren Anhörung stellen müssen. Das teilte ein Parlamentssprecher am Freitag mit.

Weitere kritisierte Kandidaten sind der Franzose Pierre Moscovici (Wirtschaft und Finanzen), der Ungar Tibor Navracsics (Kultur) sowie die für das Justizressort vorgeschlagene Vera Jourova aus Tschechien. Der Spanier Miguel Arias Cañete (Energie und Klima) steht wegen Verbindungen seiner Familie zur heimischen Ölindustrie im Visier der Europaabgeordneten.

Wenn die Parlamentarier nach den Zusatzüberprüfungen Zweifel an der Eignung von Kommissarskandidaten behalten, können sie Änderungen am Personalpaket fordern. Verweigert Juncker das, muss er eine Ablehnung seiner gesamten geplanten Kommission befürchten. Über einzelne Kandidaten wird nicht abgestimmt, sondern nur über das ganze Personalpaket. dpa/nd Seite 7

ISSN 0323-3375

